

- ★ Gebt der Solidarität mit der DKP ein Gesicht! Macht Fotos von euch mit dem Hashtag #SolidaritätMitDerDKP und schickt sie an uns an solidaritaet@dcp.de und postet sie in den sozialen Medien.
- ★ Schreibt mit Kopie an uns an das Verfassungsgericht in Karlsruhe, fordert es auf, die DKP zur Wahl zuzulassen: bverfg@bundesverfassungsgericht.de
- ★ Ein Soli-Info der DKP steht unter dcp.de zum Download zur Verfügung
- ★ Spendet für die DKP
- ★ Bestellt die UZ, die Wochenzeitung der DKP, für 6 Wochen kostenlos: abo@unsere-zeit.de

Wir lassen uns nicht mundtot machen

Angriff auf die DKP richtet sich nicht nur gegen die Kommunisten, sondern gegen alle demokratischen Kräfte

Geht es nach dem Willen des Bundeswahlleiters Georg Thiel, steht die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) nicht auf dem Wahlzettel zur Bundestagswahl am 26. September. Damit verweigert er einer konsequenten Stimme gegen das Verteilen der Corona-Krisenlasten auf die Schultern der arbeitenden Menschen, einer Stimme für Entlastung der Beschäftigten in unseren Krankenhäusern und Pflegeheimen und einer Stimme für Frieden mit Russland und China die Möglichkeit zur Kandidatur.

Die formalen Gründe, die er benennt, lenken davon ab, dass der Angriff auf die DKP ein Anschlag auf fundamentale und demokratische Rechte in unserem Land ist. Denn es geht nicht nur um die DKP. Die Herrschenden versuchen aktuell, mittels einer Salamitaktik auf dem Verwaltungsweg demokratischen Organisationen der Zivilgesellschaft das Wasser abzugraben. Sichtbar wird das mit der Diffamierung der Tageszeitung „junge Welt“, der Aberkennung der Gemeinnützigkeit von attac und dem gleichen, aber gescheiterten Angriff auf die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA).

Dieser Zusammenhang wird von zahlreichen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, von Künstlern und anderen Persönlichkeiten in unserem Land gesehen, die auf diese Provokation reagiert haben. „Dieser Versuch eines Parteiverbots durch die Hintertür ist ein erneuter Angriff auf fortschrittliche Kräfte und soll vom Widerstand gegen den Abbau demokratischer Rechte, wie zum Beispiel der Änderung des Versammlungsgesetzes in NRW, und für bessere Arbeits- und Lebensverhältnisse abhalten“, meinte Martin Koerbel-Landwehr (Personalratsvorsitzender der Uniklinik Düsseldorf und Vorsitzender des ver.di-Fachbereichs Gesundheit NRW). „Gerade wir Beschäftigte aus dem Gesundheitswesen haben stets die Unterstützung der DKP in unserem Kampf für mehr Personal zur Entlastung, für Tarifverträge und eine angemessene Bezahlung für alle Beschäftigte erhalten. Die Aberkennung des Parteistatus und die Nichtzulassung



zur Bundestagswahl muss sofort zurückgenommen werden.“ Der Sprecher des „Bundesarbeitsausschusses der Initiativen gegen Berufsverbote und für die Verteidigung der demokratischen Grundrechte“, Klaus Lipps, verwies darauf, dass bereits in den 1970er und 1980er Jahren Kandidaturen für die DKP zum Gemeinderat, Landtag, Bundestag für Beschäftigte im Öffentlichen Dienst zu Berufsverbot oder zumindest einer Anhörung führen konnten. „Zu viele Betroffene der Berufsverbotspolitik haben am eigenen Leib erlebt, was Angriffe auf die Verfassungsmäßigkeit

und auf die ungehinderte, diskriminierungsfreie Kandidatur der Kommunistischen Partei praktisch bedeuten.“

Auch andere Stellungnahmen auf das „Kalte Verbot“ der DKP machen Mut. Etwa, wenn Konstantin Wecker schreibt: „Als Anarchist habe ich immer die Position von Esther Bejarano sehr geschätzt, die als DKP-Mitglied einmal festgestellt hat: „Völlig unstrittig ist die absolute Notwendigkeit, alle Kräfte gegen Kriegspolitik, Neofaschismus, Antisemitismus und Rassismus sowie Sozial- und Demokratieabbau zusammenzuführen. Mir ist wichtig, dass Menschen gemeinsam gegen

die Rechtspopulisten und Nazis aktiv sind, und zwar unabhängig von der eigenen Mitgliedschaft in einer Partei.“

Beeindruckend ist auch die internationale Solidarität, die der DKP entgegengebracht wird, mittlerweile aus über 40 Ländern. So verurteilte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation entschieden den Versuch der deutschen Behörden, der DKP den Status einer politischen Partei zu entziehen. Diese Entscheidung sei politisch bedingt und richte sich gegen einen politischen Konkurrenten, der nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Weltgemeinschaft, wo die Ideen des Sozialismus in der letzten Zeit immer mehr Anhänger in allen Schichten der Gesellschaft fänden, Autorität genieben.

Und auch Fachleute betrachten den Vorgang als Bruch geltenden Rechtes. In einer Stellungnahme der Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen (VDJ) fordert die Organisation die Revision der Entscheidung und die Zulassung der DKP zur Bundestagswahl, unter anderem mit der Begründung: „Die Nichtzulassung der DKP ist darüber hinaus weder parteirechtlich noch verfassungsrechtlich rechtmäßig, sondern ein neuer Tiefpunkt für die politische und demokratische Kultur in der Bundesrepublik.“

Die vollständigen Stellungnahmen aus dem In- und Ausland finden Sie auf unsere-zeit.de/kaltes-partieverbot

Jetzt erst recht!

Mit Hilfe einer 2015 beschlossenen Verschärfung des Parteiengesetzes geht der Bundeswahlleiter Georg Thiel gegen die DKP vor.

Das Gesetz sagt: Einer Partei wird der Parteistatus aberkannt, wenn sie sechs Jahre lang keinen Rechenschaftsbericht eingereicht hat. Die DKP hat Berichte regelmäßig eingereicht. Enge Fristen, die nicht eingehalten werden konnten, werden jetzt von Thiel umgedeutet in „nicht abgegeben“.

Eile war angesagt. Nicht nur Thiels Führungsstil, auch die Gesetzesverschärfung von 2015 war bereits Thema im Bundestag. Bundestagspräsident Schäuble meint: dass die Änderung zu „Unschärfen und Widersprüchlichkeit der tatsächlichen und rechtlichen Situation führt“. Schäuble äußerte in der „Bundestagsdrucksache 19/30520“ vom 9. Juni: „Es wird angeregt, die Neuregelung wieder zu streichen.“

Der Angriff auf die DKP ist keine Angelegenheit eines durchgeknallten Bürokraten. Er ist Teil dessen, was wir reaktionären Staatsumbau nennen. Er ist Teil der wachsenden Aggressivität des deutschen Imperialismus nach innen und außen, Teil der Strategie des ruhigen Hinterlands.

Wahlpolitisch fürchten uns die Herrschenden nicht. Aber sie fürchten ein lautes „Raus aus der NATO – für Frieden mit Russland und China“. Die Stimme, die formuliert, was vie-

le Menschen spüren und erleben, soll zum Schweigen gebracht werden. Die sagen, dass das Monopolkapital die Pandemie instrumentalisiert hat für Demokratieabbau und massive Umverteilung von unten nach oben. Die sagen, dass eine CO₂-Steuer mit Umweltschutz nichts, mit Abzocke der Werktätigen aber alles zu tun hat. Die Stimme, die sagt, dass man sich gegen diese Politik der Regierenden wehren muss.

Diese strategische Weitsicht des Kapitals in Verbindung mit Gehorsam der Bürokratie führte zum Angriff auf die Gemeinnützigkeit unter anderem der VVN-BdA und der „Roten Hilfe, auf die sozialistische Tageszeitung „junge Welt“ und die Kommunistische Partei.

Die DKP hat das Bundesverfassungsgericht angerufen. Obwohl das Gericht noch nicht gesprochen hat, wird Gliederungen der DKP voraus-eilend verboten, Plakate aufzuhängen oder Infostände durchzuführen. Auch das belegt: Hier geht es nicht um Buchhaltung. Das ist das Entscheidende für die Gegenwehr. Wir gehen jetzt verstärkt mit unseren Inhalten und Forderungen auf die Straße und zu den Menschen.

Unterstützt den Wahlkampf der Kommunistinnen und Kommunisten – Jetzt erst recht.

Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP

Sie fürchten Systemkritik

Es endet nicht nur die Ära Merkel, sondern es wird darüber entschieden, ob die Bundesrepublik Deutschland ihren aggressiven innenpolitischen und außenpolitischen Kurs forciert (...)

Zum 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, des Beginns des grausamsten Eroberungs- und Vernichtungskrieges in der Menschheitsgeschichte, verweigerte die Führung des deutschen Parlaments demonstrativ eine dem Anlass angemessene Würdigung.

Antisemitismus und Russophobie haben in unserem Lande nichts verloren. Dennoch werden sie von bestimmten herrschenden Kreisen befördert.

Innenpolitisch sind ebenfalls deutliche Zeichen des Demokratie-Abbaus zu erkennen, und auch sie signalisieren einen Kurswechsel, eine harte Gangart gegenüber der linken Opposition. Die Deutsche Kommunistische Partei soll mit juristischen Tricks mundtot gemacht werden. Die Bundesrepublik hat in den fünfziger Jahren die KPd und zuvor schon die FDJ verboten, weil sich dort aktive Antifaschisten und Kriegsgegner der Wiederbewaffnung und der Rehabilitierung der Nazis widersetzen.

Es ist nicht die Furcht der herrschenden Kreise vor einer Partei, die bei Bundestagswahlen kaum ein Prozent der Wähler für sich mobilisiert. Es ist der Geist der Rebellion, der theo-

retisch fundierten Systemkritik, den sie fürchten. Die Angst vor dem Verlust der Macht durch eigenes Versagen veranlasst sie, die politischen Daumenschrauben mit Hilfe des von ihnen beherrschten Staats anzuziehen. Wer offen ausspricht, dass dies Klassenkampf ist, soll mit den Instrumenten des Klassenstaates zum Schweigen gebracht werden: die DKP ebenso wie die Tageszeitung „junge Welt“ (...) oder die Organisation der Antifaschisten VVN-BdA, der die Gemeinnützigkeit entzogen werden sollte.

Demokratische Institutionen von Minderheiten, die der schweigenden Mehrheit Stimme geben, sollen offenkundig ausgeschaltet werden.

Das Vorgehen gegen diese politischen Institutionen dürfen wir nicht stumm hinnehmen!

Als Vorsitzender des Ältestenrates der Partei DIE LINKE weiß ich mich eins mit vielen Mitgliedern sowie Wählerinnen und Wählern unserer Partei, die das Vorgehen gegen die DKP ablehnen und verurteilen. Es geht bei dieser Auseinandersetzung, die eine politische und keineswegs eine formaltechnische ist, um mehr als lediglich um die Zulassung der DKP zur Bundestagswahl. (...) Eine Ausgrenzung, die einem kalten Verbot gleichkäme, muss verhindert werden!

Hans Modrow, Vorsitzender des Ältestenrates der Partei „Die Linke“

Jeder Euro zählt Spendenaufwurf der DKP

Der politische Angriff auf die DKP ist ein Skandal und bindet Zeit, Kraft und Finanzen. Nicht nur die juristische Auseinandersetzung mit der Klage vor dem Bundesverfassungsgericht kostet viel Geld. Auch die ohnehin hohen Ausgaben für die Buchhaltung werden noch einmal steigen. Vor allem aber müssen unsere Forderungen zur Bundestagswahl in die Öffentlichkeit getragen werden. Jetzt erst recht!

In den letzten Tagen erreichte uns eine Welle der Solidarität, die uns Auftrieb gegeben hat. Auch zahlreiche Spenden sind eingetroffen. Allen, die mit uns solidarisch sind, allen Spenderinnen und Spendern herzlichen Dank! Für die anstehenden Auseinandersetzungen werden weitere Mittel benötigt. Solidarisiert euch mit der DKP – helft auch finanziell!

Spendenkonto:
DKP-Parteivorstand
GLS-Bank | BIC: GENODEM1GLS
IBAN: DE63 4306 0967 4002 4875 01
Verwendungszweck:
Jetzt erst recht!

Der Ausschluss der DKP von der Bundestagswahl und die Aberkennung ihres Parteienstatus durch den Bundeswahlausschuss erscheinen mir als Versuch eines Parteienverbots durch die Hintertür. Während eine offen faschistische Kaderorganisation wie der „III. Weg“, der verurteilte Naziterroristen zu seinen Mitgliedern zählt, problemlos als Partei zur Wahl zugelassen wurde, sollen organisierte Kommunistinnen und Kommunisten auf bürokratischem Wege ausgeschaltet werden. Das ist ein fatales Signal, das nicht unwidersprochen bleiben darf. Alle linken und demokratischen Kräfte sind jetzt ungeachtet möglicher Differenzen mit der DKP zur Solidarität aufgerufen. Denn hier geht es um die Verteidigung demokratischer Rechte insgesamt.

Ulla Jelpke, MdB, „Die Linke“

Der mit einer mehr als fadenscheinigen Begründung beabsichtigte Ausschluss der DKP von den Bundestagswahlen und der Entzug ihres Parteistatus ist ein weiterer Ausdruck für den Rechtsruck in der bundesdeutschen Gesellschaft. Dieser Schritt verdeckt die Furcht der Herrschenden vor ihren eigenen konstruierten Gespenstern und zeugt von einem weiteren Sozial- und Demokratieabbau. Ein Anlass für alle Linken, für alle progressiven und wahrhaft demokratischen Kräfte, ihre Stimmen gegen diese Absicht zu erheben.

In diesem Sinne erklären wir unsere feste Solidarität mit unseren kommunistischen Mitsstreiterinnen und Mitsreitern. Dies bekunden wir auch mit einer Solidaritätsspende.

Bruno Mahlow,
Mitglied des Ältestenrates „Die Linke“
mit seinen Töchtern Tatjana und Irina Mahlow

Wir als SDAJ sprechen der DKP unsere vollste Solidarität aus und sagen deutlich: Der Angriff auf den Parteistatus der DKP ist ein politischer Angriff auf alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte dieses Landes. Er reiht sich ein in die Angriffe auf die Gemeinnützigkeit der VVN-BdA, des Verfassungsschutzes auf die „junge Welt“ und in die Verbotsandrohung gegen die Rote Hilfe. Er reiht sich ein in das Anti-Versammlungsgesetz in NRW, in das Aussetzen der Parlamente durch Infektionsschutzgesetz, in die Polizeiaufgabengesetze, die Überwachung durch den Staatstrojaner.

Der Staat zeigt damit einmal mehr, auf wessen Seite er steht: Auf der Seite der Reichen, auf der Seite der großen Banken und Konzerne. Ob Spendenaffäre, Maskenskandal oder zu spät gemeldete Nebeneinkünfte von Baerbock und die Korruption eines Philipp Amthor – all das waren keine Gründe, um der korrupten CDU/CSU oder bestochenen Politikern ihr Mandat abzuerkennen. Dieser Staat ist ein Klassenstaat. Um dem etwas entgegenzusetzen, müssen wir uns gemeinsam organisieren, gemeinsam gegen die Angriffe auf Demokratie, Freiheit und soziale Rechte kämpfen. Die DKP ist die Kraft, die sich klar und konsequent für die Rechte der Werktätigen und der Jugend einsetzt. Deshalb stehen wir jetzt erst recht fest an der Seite der DKP.

Andrea Hornung, Vorsitzende der SDAJ

Die Verfolgung von Kommunisten hat in Deutschland Tradition. Zuerst wird 1933 die KPD verboten, 1956 von der Adenauer-Justiz. 1968 gründet sich die DKP. Und wieder gibt es Berufsverbote gegen angehende Lehrer, Postboten, Lokführer und andere.

Jetzt wird wieder der „Knüppel aus dem Sack“ geholt. Die Begründung zur Nichtzulassung der DKP zu den Bundestagswahlen ist aberwitzig. Fristen zur Einreichung von Rechenschaftsberichten seien verstrichen. Aber darum geht es nicht. Es sind fadenscheinige Begründungen, mit denen mal wieder gegen Kommunisten getreten wird. Diese Auseinandersetzung reiht sich aus meiner Sicht nahtlos ein in die Aberkennung der Gemeinnützigkeit der VVN-BdA, von Compact und Attac bis hin zur Beobachtung der Zeitung „junge Welt“ durch den Verfassungsschutz beobachtet. Damit sollen fortschrittliche Organisationen politisch kaltgestellt werden.

Es richtet sich immer gegen linke Kräfte. Gegen die NPD konnten der Staat und der Verfassungsschutz bei dem Verbotsantrag nichts unternehmen. Verwundert doch keinen politisch Denkenden, wenn ein abgesägter ehemaliger Verfassungsschutzpräsident unverhohlen rechte Parolen verbreiten kann.

Wir sollten jetzt gemeinsam alles daran setzen, dass die Kandidatinnen und Kandidaten der DKP zur Bundestagswahl antreten dürfen und dass die DKP als politische Partei weiter existieren kann.

Ich solidarisiere mich mit der DKP. Kampf dem DKP-Verbot!

Ortwin Bickhove-Swidarski
VVN-BdA- und ver.di Mitglied

Diese Aberkennung des Parteistatus aus rein formalen Gründen ist praktisch ein „kaltes Parteiverbot“. Das ist ein Anschlag gegen die bürgerlichen und politischen Rechte der deutschen Kommunisten – eine typische Methode für den Versuch, eine Kraft, die die Interessen des arbeitenden Volkes verteidigt, auszuschalten.

Die DKP verurteilt die Verletzung von Menschenrechten wie im Falle der völkerrechtswidrigen Blockade des sozialistischen Kuba; sie setzt sich in der Bundesrepublik Deutschland für das Recht aller Menschen auf gute Daseinsvorsorge ein. All dies ist den Herrschenden offensichtlich Grund genug, formale Gründe zu suchen, um eine Stimme der Demokratie, wie die der DKP, zum Verstummen bringen zu wollen.

Ich verurteile dies nachdrücklich und unterstütze die DKP in ihrem Kampf für eine gerechte Gesellschaft.

Petra Wegener,
Vorsitzende der FG BRD-Kuba e.V.

Die Nichtzulassung der DKP zur Bundestagswahl ist ein Angriff auf die gesamte politische Linke in Deutschland. Er reiht sich ein in eine Serie antikommunistischer Attacken auf VVN-BdA, attac, „junge Welt“ und andere. Der „Grund“ für die Nichtzulassung ist ein Vorwand. Alle Linken sollten das erkennen! Demokratische Grundrechte können nicht wegen formaler Fehler beschnitten werden.

Es geht darum, jeden Spielraum gegen Kriegsgegner auszunutzen. Die Mobilmachung gegen Russland und China ist bereits in Vorbereitung. Alle potenziellen Gefahren für den imperialistischen Weg müssen so gut es geht ausgeschaltet werden.

Ein Skandal ist auch: Die „Linke“-Vertreterin hat der Nichtzulassung zugestimmt. Ein unverzeihlicher Fehler meiner Partei. Wir lassen uns das nicht gefallen. Unsere Solidarität habt ihr!

Julian Eder, Landessprecher der
linksjugend[solid] Hessen

„Lassen Sie die DKP zu!“

Von Empörung bis Solidarität – Stellungnahmen zum „kalten“ Verbot der DKP

Nachdem die Entscheidung des Bundeswahlleiters öffentlich wurde, die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) nicht zur Bundestagswahl zuzulassen und ihr den Status als politische Partei abzuerkennen, gab es eine Reihe

von Stellungnahmen von befreundeten Organisationen, Bündnispartnern und Einzelpersonen, die wir an dieser Stelle dokumentieren. Weitere Stellungnahmen auf den Seiten 4 und 5 (international) und 15.

Angriffe auf das Wahlrecht nicht hinnehmen!

Solidaritätserklärung der VVN-BdA Landesvereinigung NRW

Die Entscheidung des Bundeswahlausschusses, der DKP mit Hinweis auf Fristversäumnisse bei der Rechnungslegung den Parteistatus und die Teilnahme an den Bundestagswahlen zu verwehren, ist ein nicht hinzunehmender Angriff auf das Wahlrecht und eine neue Qualität staatlicher Repression.

Nicht mehr juristische Verfahren, welche durch die Justiz überprüfbar sind, sondern der Missbrauch von Regelungen der Finanzordnung werden dafür genutzt. Das ist kein Einzelfall, sondern hat mittlerweile System: Erst wurde der Bundesvereinigung der VVN-BdA die Gemeinnützigkeit ab-

erkannt und erst nach langem Kampf wieder zuerkannt.

Fortschrittlichen Gruppierungen wie Compact und Attac wurde die Gemeinnützigkeit entzogen. Die Beobachtung und Einstufung der Zeitung „junge Welt“ als extremistisch durch den Verfassungsschutz passt in dieses Schema. Auch darf der Ruf einiger CDU-Mitglieder nach dem Verbot der Roten Hilfe in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden.

Keine Probleme bei der Zulassung zur Bundestagswahl hat dagegen die rechtsextreme Partei „Der III. Weg“: In deren Reihen tummeln sich selbst

nach Auffassung des Verfassungsschutzes höchst gewaltbereite völkische Nationalisten.

Dieser Entwicklung muss endlich Einhalt geboten werden. Wir müssen gemeinsam gegen diese Rechtsentwicklung kämpfen.

Wir rufen alle demokratischen Kräfte auf, sich unabhängig von politischen Differenzen dieser undemokratischen Entwicklung entgegenzustellen und sich ebenso wie wir mit der DKP zu solidarisieren.

Die VVN-BdA Landesvereinigung NRW e.V. fordert die sofortige Rücknahme der Beschlüsse des Bundeswahlausschusses.

Rechts wird ignoriert, Links wird überprüft

Solidaritätserklärung der Föderation der demokratischen Arbeitervereine (DIDF)

Das späte Einreichen von Rechenschaftsberichten darf kein Grund sein, um euch von eurem verfassungsmäßigen Recht auf Kandidatur für den Bundestag auszuschließen bzw. euren Parteistatus abzuerkennen. (...) Während der Staat bei linken und fortschrittlichen Kräften sehr gründlich „überprüft“, sehen wir, dass er auf dem rechten Auge blind ist. Sowohl hohe Spendensummen aus dem

Ausland für die AfD als auch nicht angegebene Nebeneinkünfte von Abgeordneten oder auch offene Korruptionsskandale von staatstragenden Parteien und Regierungsmitgliedern werden demonstrativ ignoriert oder totgeschwiegen, während Formalitäten für linke Parteien sie ihren Parteistatus kosten können. Diese höchst un-demokratische Herangehensweise der Behörden ist durch nichts zu ent-

schuldigen und kann nicht hingenommen werden.

Wir verurteilen diesen Angriff auf die demokratischen Rechte aufs Schärfste und werden mit allen fortschrittlichen Kräften für den Erhalt und Ausbau dieser Rechte gemeinsam kämpfen. Wir sind solidarisch mit euch und wünschen viel Erfolg und Kraft für die kommende Zeit.

Zeynep Sefariye Eksi, DIDF-Vorsitzende

„Schlag ins Gesicht“

Stellungnahme der „Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde“ (GBM)

Die GBM protestiert entschieden gegen die Bedrohung der Existenz der DKP (...)

Die deutsche Geschichte kennt viele Beispiele, wo Kommunisten, ihre Parteien und mit ihnen sympathisierende linke Kräfte mit formalen Konstruktionen Repressalien ausgesetzt bzw.

verboten worden sind. Die nächsten Schritte waren immer Verfolgung und Terror. Wehret den Anfängen!

Diesen offenen Angriff staatlicher Institutionen auf die Existenz der Deutschen Kommunistischen Partei betrachten wir als einen Schlag ins Gesicht auch aller jener Bürger, die bereit sind, an der Gestaltung eines wirklich

demokratischen Staatswesens teilzunehmen.

Wir stehen in solidarischer Verbundenheit an der Seite der DKP, die – wie unsere Gesellschaft – für Frieden und soziale Gerechtigkeit eintritt.

Empört Euch, protestiert und übt Solidarität! Morgen kann es zu spät sein!

Es geht nicht um Formalia

Stellungnahme des Bundesvorstands von „Die Linke.SDS“

Maskendeals und Spendenaffären bleiben ohne Konsequenzen. Zu spät eingereichte Rechenschaftsberichte sollen ein Skandal sein?

Es ist klar: Hier geht es um Politik, nicht um Formalia. Natürlich hat die DKP eine bürokratische Hürde versäumt. Im Vergleich zu den Ma-

chenschaften von CDU und AfD aber ist das kaum der Rede wert. Trotz politischer Differenzen solidarisieren wir uns als „Die Linke.SDS“ mit der DKP.

Als Linke müssen wir immer vereint gegen staatliche Repression und Einschränkungen unserer Handlungs-

macht vorgehen. Der Staat steht nicht auf unserer Seite.

Den Genoss:innen wünschen wir daher viel Erfolg bei der Klage vor dem Verfassungsgerichtshof und eine nachträgliche Zulassung für die Bundestagswahlen.

Fotos: Ulla Jelpke: UZ-Archiv; Dietmar Dath: Tom Brenner; Andrea Hornung: SDAJ; Horst Schmitt-henner: privat; Petra Wegener: Tom Brenner; Sevim Dagdelen: Sevim Dagdelen; Frank Schumann: Robert Allertz; Stefan Huth: junge Welt; Willi van Ooyen: Martin Rulsch / Wikimedia / CC BY-SA 4.0; Julian Eder: privat; Hans Bauer: Peter Weyland; Martin Koerbel-Landwehr: privat; Alexander Neu: Foto-AG Gymnasium Melle / wikipedia / CC BY 3.0; Norman Paech: Dontworry / wikipedia / CC BY-SA 4.0; Arnold Schölzel: UZ-Archiv; Andrej Hunko: UZ-Archiv

Impressum

Sonderausgabe UZ – unsere zeit | Sozialistische Wochenzeitung | Zeitung der DKP
Wera Richter, Chefredakteurin, V.i.S.d.P.
Verlag: CommPress Verlag GmbH, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen


#DKPwählbarMachen

Tricksereien und Kriminalisierungsversuche

Von Roter Hilfe initiiertes Aufruf zur Solidarität mit der DKP

Wie heute bekannt wurde, hat der Bundesausschuss entschieden, dass die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) nicht an den Bundestagswahlen teilnehmen darf und ihre Rechtsstellung als Partei verloren hat.

Begründet wird dies mit verspätet eingereichten Rechenschaftsberichten.

Dieses Vorgehen ist alles andere als nur eine „bürokratische Überkorrektheit“ der Bundestagsverwaltung. Aus unserer Sicht steht es in einem Zusammenhang mit anderen Versuchen des bürgerlichen Staatsapparats, gegen Revolutionär:innen, Antifaschist:innen und Linke im Allgemeinen mit juristischen und bürokratischen Manövern vorzugehen. Wir erinnern daran, dass der Bundesvereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist:innen und Antifaschisten (VVN-BdA) vor zwei Jahren ihre Gemeinnützigkeit aberkannt wurde und sie diese mit viel Mühe zurückerkämpfen musste. Wir erinnern an das trickreiche Vorgehen gegen attac und campact, denen die Gemeinnützigkeit ebenfalls entzogen wurde.

Wir erinnern an die Forderungen aus den Reihen der CDU nach dem Verbot der Roten Hilfe. Wir erinnern

an die ungezählten Tricksereien zur Kriminalisierung der kurdischen Befreiungsbewegung.

Wenn die Regierungspartei CDU in Dutzende Korruptionsskandale verwickelt ist und diverse Politikerinnen und Politiker der großen Parteien (nach den Fristen!) enorme Summen als Nebeneinkünfte nachmelden, die sie vorher „vergessen“ hatten anzumelden, dann passiert nichts. Niemand würde auch nur auf die Idee kommen, dass Annalena Baerbock jetzt nicht mehr kandidieren darf oder die CDU nicht mehr auf dem Wahlzettel stehen dürfte. Auch das macht deutlich, dass die verspäteten Rechenschaftsberichte der DKP ein Vorwand sind.

All diese Maßnahmen zielen darauf, fortschrittliche, demokratische, linke Kräfte zu behindern, zu kriminalisieren und ihre Arbeit unmöglich zu machen. Degegen setzen wir unsere Solidarität von unten.

Wir, die wir uns in anderen Gruppen als der DKP organisiert haben, erklären unsere Solidarität mit den Kommunistinnen und Kommunisten der DKP und fordern die sofortige Rücknahme der Beschlüsse des Bundesausschusses.

Unterzeichner*innen u. a.:

- ★ **ATIF – Föderation der Arbeiter*innen aus der Türkei in Deutschland**
- ★ **Bir-Kar – Für die Einheit der Arbeiter und Freundschaft der Völker**
- ★ **Deutsch-Kurdischer-Freundschaftsverein Krefeld**
- ★ **Die Linke.SDS Düsseldorf**
- ★ **Duisburg stellt sich quer**
- ★ **Föderation der freiheitlichen Gesellschaft Mesopotamiens**
- ★ **Freies Forum Duisburg e.V.**
- ★ **Interventionistische Linke Düsseldorf [see red!]**
- ★ **Revolutionärer Jugendbund**
- ★ **Rote Hilfe e.V.**
- ★ **Rote Einheit Düsseldorf**
- ★ **RSO – Revolutionär Sozialistische Organisation Deutschland**
- ★ **Ruhrjugend**
- ★ **SDAJ – Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend NRW**
- ★ **YDG – Neue Demokratische Jugend**
- ★ **Young Struggle**
- ★ **ZORA**
- ★ **Bündnis „Versammlungsgesetz NRW stoppen!“**

Die Entscheidung ist nicht akzeptabel, sie kommt einem kalten Parteiverbot gleich. Diese fatale Entscheidung muss gerade auch vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte dringend korrigiert werden. Dass der Antikommunismus die Grundtorheit unserer Epoche ist, wie es Thomas Mann feststellte, gilt auch heute. Es braucht jetzt Solidarität, damit die DKP zu den Bundestagswahlen antreten kann.



Sevim Dagdelen, MdB „Die Linke“

Mit dem drohenden Verbot der Kandidatur der DKP zur Bundestagswahl zeigt sich, dass der antikommunistische Geist in unserem Land immer noch lebendig ist. Die gesellschaftliche Linke soll auch diffamiert und ausgegrenzt werden, weil sie sich entschieden gegen Militarismus und Krieg und für Frieden einsetzt. Wir dürfen – angesichts der drohenden Gefahren für die Menschen – nicht in unserem gemeinsamen Kampf nachlassen.



Willi van Ooyen

Das ist ein Skandal. Wegen des Versäumnisses eines „unwichtigen“ Termins soll erreicht werden, dass die DKP nicht zur Bundestagswahl an treten soll oder gar als Partei aufhören soll zu existieren. Wer da glaubt, dass dies der wirkliche Grund ist, glaubt auch, dass es Gespenster wirklich gibt. Besser ist zu glauben, dass man eine für politische Klarheit und Transparenz stehende, für andere Parteien unangenehme Partei loswerden will. Dagegen sollten sich alle Demokraten:innen wehren.



Horst Schmitthener

Die „junge Welt“ beobachten, der VVN-BdA die Gemeinnützigkeit aberkennen, jetzt der Versuch, die DKP zu liquidieren.



Hans Bauer, GRH-Vorsitzender

Einschüchterung, Diskriminierung, Verfolgung und Verbot progressiver Kräfte – das ist keine Demokratie, das ist Diktatur in Deutschland.

Der Angriff auf die kommunistische Bewegung entlarvt erneut den reaktionären Charakter des gepriesenen westlichen Wertesystems.

Übt Solidarität mit der DKP!

Dieser Versuch eines Parteiverbots durch die Hintertür ist ein erneuter Angriff auf fortschrittliche Kräfte und soll vom Widerstand gegen den Abbau demokratischer Rechte, wie z. B. der Änderung des Versammlungsgesetzes in NRW und für bessere Arbeits- und Lebensverhältnisse abhalten.



Gerade wir Beschäftigte aus dem Gesundheitswesen haben stets die Unterstützung der DKP in unserem Kampf für mehr Personal zur Entlastung, für Tarifverträge und eine angemessene Bezahlung für alle Beschäftigte erhalten.

Die Aberkennung des Parteistatus und die Nichtzulassung zur Bundestagswahl muss sofort zurückgenommen werden.

Martin Koerbel-Landwehr, Personalratsvorsitzender Uniklinik Düsseldorf, Vorsitzender ver.di-Fachbereich Gesundheit NRW

Die dubiose Nicht-Zulassung der DKP zur Teilnahme an den Bundestagswahlen 2021 und die Aberkennung ihres Status als Partei sind nicht nur ein politischer und rechtlicher Skandal, sondern ebenso ein Zeichen für die zugespitzte Krise des Finanzkapitalismus/Imperialismus wie der bürgerlich-parlamentarischen Ordnung. Das Ende der sozialistischen Staaten 1989/90 war mit der Rückkehr des Krieges nach Europa verbunden. Mit der neuen kriegsrischen Aggression Deutschlands nach außen unter dem Schirm von USA und NATO geht seither die fortschreitende Repression nach innen einher. Wie unter Adenauer trifft sie auch wieder organisierte Kommunisten – als Teil der Anti-Kriegs-Bewegung. Politischer Differenzen ungeachtet, sind alle Linken und Demokraten daher zur Solidarität mit der DKP aufgerufen!



Dr. Alexander S. Neu, MdB („Die Linke“)

Das ist ein ungeheuerlicher Vorgang, die DKP nicht zur nächsten Bundestagswahl im September zuzulassen.



Vor allem, wenn gleichzeitig 44 politische Vereinigungen, die bisher nie als überregionale Parteien in Erscheinung getreten sind, die Zulassung erteilt wurde. Die DKP hat sich seit ihrer Gründung 1968 an allen Bundestagswahlen zumindest mit Direktkandidaten beteiligt. Der Vorwurf, sie hätte die erforderlichen Rechenschaftsberichte nicht erbracht, erscheint als billiger Vorwand, diese prononcierte und klare Stimme aus dem Wahlkampf herauszunehmen. Hier ist jede Verhältnismäßigkeit einer so schwerwiegenden Entscheidung missachtet worden. Das hat eine ungleiche politische Schlagseite, trotz aller gegenteiliger Beteuerungen. Das ist ein schlechter Start in den Wahlkampf. Das darf nicht sein. Das müssen die Gerichte korrigieren.

Norman Paech

Ich erlebe die Mitglieder der DKP bei unserer Initiative „KrankenhausEntscheid Essen“, wie sie sich mit unermüdlichem Engagement für die sozialen Interessen der Bürgerinnen und Bürger einsetzen. 2018 haben wir elf Wochen für mehr Personal in unserem Krankenhaus gestreikt, auch da haben sie unterstützend an der Seite der Kolleginnen und Kollegen gestanden. Bescheiden, im positiven Sinne zurückhaltend und fokussiert auf tatkräftige Hilfe und den Einsatz für die Belange der Bürgerinnen und Bürger. Hiermit möchte ich meine Solidarität mit der DKP zum Ausdruck bringen.



Petra Bäumler-Schlackmann, Vertretungsberechtigte des „KrankenhausEntscheid Essen“

Die Entscheidung des Bundesausschusses (BWA), die DKP nicht zur Bundestagswahl zuzulassen und ihr den Parteistatus abzuerkennen, ist zu verurteilen. (...) Es ist ein Problem, dass die etablierten Parteien über die Zulassung der noch nicht im Bundestag vertretenen Parteien entscheiden. Nicht nur die Wahlbeobachter der OSZE merkten in ihrem Bericht zur Bundestagswahl 2009 an, dass „dieses Arrangement (...) vor Interessenskonflikten nicht gefeit“ ist und „objektive und messbare Kriterien“ fehlen.



Ungeachtet der Einstellung, die man zur DKP haben mag: Es geht um grundlegende demokratische Prinzipien, deshalb unterstütze ich die Anfechtung dieser offensichtlich unverhältnismäßigen Entscheidung.

Andrej Hunko



Foto: UZ-Archiv

„Entlarvend“ – Nur gegen Links

Erklärung des Bundessprecherrates der Antikapitalistischen Linken (AKL)

Der Bundeswahlleiter teilte am Donnerstag mit, dass u.a. der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) der Antritt bei den Bundestagswahlen dieses Jahr verwehrt bzw. ihr der Status der politischen Partei aberkannt werden soll. Begründet wurde das damit, die Partei habe ihre Rechenschaftsberichte in den vergangenen sechs Jahren immer verspätet eingereicht. Mit dieser absurden Begründung droht der DKP nun ein existenzieller Schaden. Es ist ein kaltes Parteiverbot durch die Hintertür, die Aberkennung des Status als politische Partei mittels bürokratischer Winkelzüge. Der Bundesausschuss hat bei der Bestätigung der eingereichten Wahlunterlagen einen Ermessensspielraum, der hier sehr entlarvend nur gegen Links ausgenutzt wurde. Umso

bedenklicher ist es, dass die Vertreterin der „Linken“ im Bundesausschuss diesem Vorgehen auch noch zugestimmt hat. Dafür kann sich die AKL als Strömung der „Linken“ nur entschuldigen: Das geschah nicht in unserem Namen. Die AKL ist solidarisch mit der DKP und allen antifaschistischen, antikapitalistischen und sozialistischen Kräften in der Republik, die die herrschenden Klassenverhältnisse kritisieren und sich für den Aufbau von Gegenmacht und eine Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse einsetzen.

Angesichts der Kämpfe gegen die Klimakatastrophe und zunehmender gesellschaftlicher Widersprüche wird der Klassenkampf von oben gegen antikapitalistische Kräfte und Organisationen verschärft. Der Versuch, die DKP

durch die Aberkennung des Parteistatus in den finanziellen Ruin zu treiben, reiht sich ein in die verschiedenen Skandale, Organisation wie die VVN-BdA oder attac durch den Entzug der Gemeinnützigkeit zu ruinieren. Aktuell erleben wir Angriffe auf die Versammlungsfreiheit u.a. durch das geplante neue Versammlungsgesetz in NRW und die Repression gegen die Demonstration gegen dieses Gesetz. Der Druck der herrschenden Klasse und ihres Staates auf linke Kräfte wird immer stärker. Wir stellen uns solidarisch dagegen und werden diesem Vorgehen einen Riegel vorschieben! Wir sind solidarisch mit den betroffenen Organisationen und Verbänden und treten diesem Versuch eines kalten Parteiverbots durch die Hintertür entgegen.

Offener Brief der KPF an das Bundesverfassungsgericht:

Sie werden – nach Einspruch der DKP – darüber zu befinden haben, ob es rechtens ist, dass die DKP durch die Bundestagswahl ausgeschlossen wurde. (...)

Die deutsche Geschichte bietet sehr prinzipielle Gründe, Kommunistinnen und Kommunisten ihre demokratischen Rechte zu gewähren. Zu oft, und in der Zeit des Hitlerfaschismus mörderisch, wurden uns diese Rechte versagt. Lassen Sie die Deutsche Kommunistische Partei zu den Bundestagswahlen zu.

tischen Rechte zu gewähren. Zu oft, und in der Zeit des Hitlerfaschismus mörderisch, wurden uns diese Rechte versagt. Lassen Sie die Deutsche Kommunistische Partei zu den Bundestagswahlen zu.

Bundessprecherrat der

Kommunistischen Plattform der Partei „Die Linke“

„Überzogen“

Das Nichtzulassen der DKP zur Wahl aus formalen Gründen halten wir für völlig überzogen und somit unverhältnismäßig.

Die Aberkennung des Parteistatus halten wir zudem für rechtlich fragwürdig und wünschen der DKP bei der Anfechtung beider Vorgänge viel Erfolg. Andrej Hunko, Ali Al-Dailami, Heidemarie Scheuch-Paschkewitz

Kommunistische Partei Albanien

Uns Kommunisten überraschen diese antidemokratischen Verhaltensweisen und Handlungen nicht, denn der heutige deutsche Staat, der Führer der Europäischen Union, ist Mitunterzeichner mehrerer Entschlüsse des Europäischen Parlaments, die sowohl den Nazismus als auch den Kommunismus zu verurteilen suchen. [...] Wir sind überzeugt, dass die deutschen Kommunisten der Herausforderung der Kräfte, die Euch das demokratische Recht auf Teilnahme an den Wahlen verweigern will, zu begegnen wissen, die Reihen der Partei stärken und Mittel und Wege finden werden, um die politische Tätigkeit ihrer Kommunistischen Partei ununterbrochen aufrechtzuerhalten.

Kommunistische Partei Armeniens

Die Kommunistische Partei Armeniens drückt noch einmal ihre Solidarität mit der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und ihrem Kampf für Frieden und Sozialismus aus.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Schwestern und Brüder, ihr steht nicht allein vor euren derzeitigen Gegnern ... Die Gesamtheit der fortschrittlichen Kräfte auf der ganzen Welt, die Dutzende Millionen Kommunisten repräsentieren, einschließlich derjenigen in den Reihen der Kommunistischen Partei Armeniens, stehen Schulter an Schulter mit der Deutschen Kommunistischen Partei.

Kommunistische Partei Aotearoas (Neuseeland)

Wir alle in der Kommunistischen Partei Aotearoas stehen in Solidarität gegen diese antidemokratischen Angriffe auf die DKP und die gesamte deutsche Arbeiterbewegung. Trotz des administrativen Schleiers dieser Repression kann ihr wahres Motiv an den gleichzeitigen Bemühungen, die „junge Welt“ zu erdrücken, erkannt werden. Wie Marx in den „Enthüllungen über den Kommunisten-Prozess zu Köln“ feststellte: „blieb es bei der Klage des Anklagesenats, dass ‚kein objektiver Tatbestand vorliege‘: Neue Polizeiwunder waren nötig geworden.“ Unabhängig, welche Begründungen sie vorbringen, werden wir in ständiger Solidarität bleiben, bereit, sie bei Bedarf zu bekunden.

Kommunistische Partei Bangladeschs

Die Kommunistische Partei Bangladeschs (CPB) verurteilt aufs Schärfste die Entscheidung des deutschen Bundeswahlleiters, die DKP nicht zu den Bundestagswahlen in diesem September zuzulassen. Die CPB betrachtet diesen Akt der Wahlbehörde als eine schwerwiegende Verletzung der demokratischen Rechte des deutschen Volkes und als ein Komplott, um die Stimme der kommunistischen und fortschrittlichen Kräfte in Deutschland zu untergraben. Diese Art von undemokratischem Herangehen hat tief verwurzelte Ursachen und ist mit der neofaschistischen Ideologie verbunden, die Meinungsfreiheit einzuschränken und letztlich die kommunistischen Aktivitäten zu verbieten.

Partei der Arbeit Belgiens

Im Kontext der Krise, in der die Monopole immer mehr politische Macht beanspruchen, um ihre Position zu festigen, erleben wir eine Schrumpfung des demokratischen Raums und Angriffe auf die Arbeiterklasse und ihre Vertreter. Aber die Geschichte hat gezeigt, dass die Idee einer Gesellschaft ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen am Ende immer triumphiert.

Die Partei der Arbeit Belgiens sichert Euch ihre volle Unterstützung zu.

Kommunistische Partei Belgiens

Dies ist ein neuer antikommunistischer Schritt im Zentrum der Europäischen Union, der darauf abzielt, alle Volksorganisationen und Kämpfe gegen das kapitalistische System zu verbieten und zu verhindern, insbesondere durch finanzielle Strangulierung. Es ist nicht das erste Mal, dass deutsche Kommunisten Opfer bürgerlicher staatlicher Repression wurden, von der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts bis zum Verbot der KPD 1933 durch die Nazis und 1956 durch Konrad Adenauers Bundesrepublik auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges. ...

Wir bekunden unsere Solidarität mit den deutschen Genossinnen und Genossen und der DKP und fordern die sofortige Aufhebung dieser antikommunistischen Entscheidung.

Der Kampf wird nicht verboten werden.

Kommunistische Partei Britanniens

Wir nehmen insbesondere den Mut zur Kenntnis, mit dem sich Eure Partei gegen die zunehmende Militarisierung der EU und ihre Verflechtung mit der NATO ausgesprochen hat – und die EU selbst und die Rolle Deutschlands in ihr dafür verurteilt hat, dass sie eine ungleiche Sozialordnung in ganz Europa durchsetzt, die den Interessen der großen Industrie- und Finanzmonopole untergeordnet ist.

Dieses Verbot, so stellen wir fest, ist das erste, das gegen die deutschen Kommunisten seit der Neugründung der DKP im Jahr 1968 ausgesprochen wurde, nachdem die historische Partei der deutschen Kommunisten, die KPD, 1956 von den westdeutschen Behörden verboten worden war.

Das Verbot ist ein Schlag gegen die demokratische Freiheit aller Deutschen und ein Schlag gegen die gesamte internationale kommunistische Bewegung weltweit. Es muss von allen, die die Demokratie schätzen, verurteilt werden.

Kommunistische Partei (Dänemark)

Die Kommunistische Partei, KP, verspricht nach besten Kräften, auf das Thema der Drohungen gegen Ihre Partei aufmerksam zu machen, damit auch von Kommunisten und fortschrittlichen Kräften in Dänemark ein Druck auf die deutschen Behörden ausgeübt wird, um sicherzustellen, dass sie mit ihrem Versuch keinen Erfolg haben.

Kommunistische Partei der Donezker Volksrepublik

Die Verfolgung des Kommunismus ist eine fortwährende Taktik des Imperialismus, der erfolglos versucht, der zunehmenden Krise der bürgerlichen Gesellschaft entgegenzuwirken. Das geplante faktische Verbot der DKP ist ein Zeugnis dafür, wie sehr kapitalistische Regierungen die marxistischen Ideen fürchten. Wir bekunden unsere volle Solidarität mit den deutschen Genossinnen und Genossen und erklären, dass politisch motivierte Verbote und Repressionen die Kräfte der kommunistischen Weltbewegung nicht werden untergraben können.

Kommunistische Partei Finnlands

Aus internationaler Sicht scheinen die deutschen Kommunisten unter ständiger Verfolgung und Einschränkung ihrer Tätigkeit zu leiden.

Die Entscheidung des Bundeswahlleiters könnte eine neue indirekte Ächtung mit den damit verbundenen finanziellen Schwierigkeiten bedeuten.

Die Wahlen im September in Deutschland spielen eine wichtige Rolle für die gesamte zukünftige europäische Politik. Die Stärkung der deutschen Kommunisten und der linken Parteien wird von großer Bedeutung für die Bildung einer neuen deutschen Regierung sein, die sich für die internationale Zusammenarbeit, den Frieden, die atomare Abrüstung und die Risiken der Umweltzerstörung einsetzt.

Die Kommunistische Partei Finnlands (SKP) drückt ihre Solidarität mit der DKP und ihrem Vorsitzenden Patrik Köbele aus und fordert die Wahlkommission auf, die Kandidatur der DKP zuzulassen und die Bürgerrechte der Bürger und demokratischen politischen Parteien zu respektieren.

Galizische Volksunion

Wir fordern, dass die deutschen Behörden ihre Angriffe auf die Deutsche Kommunistische Partei sofort einstellen und dass sie aufhören, nach bürokratischen Vorwänden zu suchen, um die wahren Absichten der Rechten zu vertuschen, jedes politische Andersdenken durch die Kriminalisierung linker Organisationen, insbesondere von Kommunisten, mundtot zu machen.

Die DKP hat seit ihrer Gründung ihren unerschütterlichen Einsatz für die Arbeiterklasse und das deutsche Volk bewiesen und wir sind sicher, dass ihr in eurem Kampf siegreich sein werdet.

Arbeiterpartei Irlands

Die Workers' Party of Ireland möchte der Deutschen Kommunistischen Partei eine Botschaft der Solidarität aus Anlass der antidemokratischen Aktionen des deutschen Staates übermitteln.

Wir möchten auf diese Vorfälle aufmerksam machen und der DKP zur Seite stehen.

Wenn es gemeinsame Initiativen gibt, an denen die DKP die Arbeiterpartei beteiligen möchte, zögert bitte nicht, uns um Unterstützung zu bitten.

Kommunistische Partei (Italien)

Das ist ein Angriff auf die Freiheit, aber vor allem ein deutlicher Hinweis auf die Richtung, die die liberale Politik auf europäischem Boden einschlägt. Es ist ein Angriff der europäischen Bourgeoisie auf jene politischen Kräfte, die für die Vereinigung der Arbeiterklasse unter dem Banner des Sozialismus arbeiten. Eine Operation, die bereits mit der Entschlüsselung des Europäischen Parlaments begonnen hat, in der Nazifaschismus und Kommunismus gleichgesetzt werden, gefolgt von nationalen Initiativen mit demselben Tenor.

Deshalb stehen wir an der Seite der DKP im politischen Kampf gegen liberale Kräfte, die die Covid-Pandemie und die Konjunkturprogramme nutzen wollen, um die Arbeiterklasse weiter zu marginalisieren und politische Gegner auszuschalten.

Hände weg von

Partei erhält Solidaritätserklärungen aus aller Welt



Neben den vielen Solidaritätsbekundungen von Persönlichkeiten und politischen Organisationen erhalten wir eine überwältigende Menge an Solidaritätsadressen von kommunistischen und Arbeiterparteien. Wir bitten um noch weitere Solidaritätserklärungen ein. Alle Erklärungen werden wir in voller Länge auf unserer Website veröffentlichen.

Liebe Genossinnen und Genossen, der Weltfriedensrat (WPC) möchte seine vehemente Verurteilung der Bemühungen der deutschen Behörden und der Wahlkommission zum Ausdruck bringen, die DKP an der Kandidatur bei den kommenden Bundestagswahlen im September zu hindern und die Beteiligung zu verbieten.

Das ist ein klarer und eklatanter politischer Schachzug, der darauf abzielt, die „störende“ Stimme der deutschen Kommunisten und durch sie die Volksrechte und Forderungen der arbeitenden Menschen, der friedliebenden Kräfte zum Schweigen zu bringen.

Die Entscheidung des Bundeswahlausschusses, die Deutsche Kommunistische Partei nicht zur Bundestagswahl am 26. September zuzulassen, kann nur als eine weitere Form der Fortsetzung des Kalten Krieges verstanden werden. In einer Zeit, in der erneut ein großer Teil der Menschen im Land für eine Krise zahlen soll, die sie nicht verursacht haben, wollen die Herrschenden keine Stimme im deutschen Parlament dulden, die echte Auswege aus dieser kapitalistischen Krise aufzeigen kann. Die bürgerlichen Parteien, einschließlich der Linken und der Grünen, wollen offenbar lieber unter sich bleiben, zusammen mit den Rechten der AfD.

Die deutschen Kommunisten haben bittere Erfahrungen mit allen Auswüchsen des Antikommunismus gemacht. Die Verbote der KPD durch das Hitler-Regime 1933 und durch die Adenauer-Justiz 1956, ebenso die Be-

Wir warnen alle beteiligten Seiten vor solchen autoritären Aktionen, die uns an die dunkelsten Zeiten der Geschichte erinnern, die besagen, dass immer, wenn Regierungen versuchen, KPen zu verbieten, das eigentliche Ziel die Völker selbst waren und sind.

Wir bringen unsere Solidarität mit der DKP zum Ausdruck und unterstützen ihr legitimes Recht, zu den Wahlen zu kandidieren, außerdem fordern wir die sofortige Aufhebung aller Hindernisse und Manöver.

Für das Sekretariat des Weltfriedensrates
Iraklis Tsavdaridis
Geschäftsführender Sekretär

rufsverbote gegen Kommunisten nach 1972 konnten die Idee, eine Welt ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu schaffen, nicht aufhalten.

Die Kommunistische Partei Luxemburgs protestiert in aller Entscheidung gegen jeden Versuch, die DKP durch den Entzug des Parteistatus mundtot machen zu wollen. Die KPL fordert den deutschen Bundestag, die deutsche Bundesregierung, die Regierung Luxemburgs und die EU-Kommission auf, jegliche Bestrebungen zur Einschränkung der Tätigkeit kommunistischer Parteien und Organisationen zu unterbinden.

Die DKP ist die einzige Partei in der Bundesrepublik Deutschland, die eine wirkliche Alternative zur gegenwärtig herrschenden Politik anbieten kann. Die DKP muss wählbar bleiben!

Wir fordern: Hände weg von der DKP!

Kommunistische Partei Luxemburgs

In dem Land, in dem vor über 200 Jahren Karl Marx und Friedrich Engels geboren wurden, erleben wir wieder einmal eine böswillige Geringschätzung für das größte Geschenk, das Deutschland der Welt gemacht hat – den wissenschaftlichen Sozialismus.

Als Kommunisten kennen wir die Geschichte Deutschlands gut, sowohl die fortschrittliche als auch die reaktionäre:

Wir erinnern uns an die Gründung der Sozialdemokratischen Partei durch Leute wie Wilhelm Liebknecht und August Bebel – und an das Sozialistengesetz von Bismarck.

Wir erinnern uns mit Trauer an die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Wir erinnern uns an das Verbot der KPD durch die Nazis und an den Tod von Ernst Thälmann im Konzentrationslager.

Wir erinnern uns mit Wärme an die Deutsche Demokratische Republik, die

den afrikanischen Befreiungsbewegungen, einschließlich der Zimbabwe African People's Union (ZAPU), so viel Hilfe leistete.

Wir erinnern uns auch an das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) im Jahr 1956 durch die Adenauer-Regierung in der Zeit des Kalten Krieges.

Im Geiste des proletarischen Internationalismus unterstützt die Kommunistische Partei Simbabwe die DKP in dieser Zeit, in der die USA versuchen, Europa in einen neuen Kalten Krieg zu ziehen.

Die Kommunistische Partei Simbabwe fordert das Recht für die DKP, bei Wahlen nach den etablierten Normen der bürgerlichen Demokratie anzutreten.

Mit brüderlichen Grüßen
Nicholas Ngqabutho Mabheba, Generalsekretär
Ian Beddowes, Kommissarischer
Internationaler Sekretär
Kommunistische Partei Simbabwe

on der DKP



sationen aus Deutschland bekam die DKP nach der Sitzung des Bundeswahlausschusses
rparteien aus der ganzen Welt. Auch bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe der UZ trafen
blog.unsere-zeit.de veröffentlichen. In dieser Ausgabe dokumentieren wir eine Auswahl.

Liebe Genossinnen und Genossen!
Mit tiefer Besorgnis hat die Portugiesische Kommunistische Partei die Entscheidung des deutschen Bundeswahlleiters zur Kenntnis genommen, die Teilnahme der Deutschen Kommunistischen Partei an den am 26. September stattfindenden Parlamentswahlen nicht zuzulassen.
Die PCP weist vehement jeden Versuch zurück und verurteilt ihn, der unter dem Vorwand einer Verfahrensfrage – der angeblich verspäteten Einreichung von Jahresabschlüssen – darauf abzielt, der Deutschen Kommunistischen Partei das Recht auf Teilnahme

an den Wahlen und ihren Status als politische Partei zu entziehen, was in der Praxis zu ihrer inakzeptablen Illegalisierung führen würde.

Die PCP drückt ihre Solidarität mit der Deutschen Kommunistischen Partei aus und ruft alle demokratischen Kräfte in Deutschland auf, sich für die Verteidigung der Rechte, Freiheiten und Garantien, der Demokratie einzusetzen und das Recht der Deutschen Kommunistischen Partei auf Teilnahme an den nächsten Parlamentswahlen im September zu garantieren.

Internationale Abteilung der Portugiesischen Kommunistischen Partei

Der Weltbund der Demokratischen Jugend zeigt seine volle Unterstützung für die DKP und ihre Jugendorganisation, die SDAJ (eine Mitgliedsorganisation des WBDJ) in ihrem Kampf gegen das indirekte Parteiverbot, das der deutsche Staat ihnen auferlegen versucht.
Die deutschen Wahlbehörden haben beschlossen, der DKP den Status als politische Partei zu entziehen und sie damit an der Teilnahme an der Bundestagswahl im September dieses Jahres zu hindern. ...

Außerdem ist dies kein Einzelfall, sondern Teil einer breiten antikommunistischen Kampagne der Bundesrepublik Deutschland im Besonderen und der herrschenden Klassen und imperialistischen Kräfte im Allgemeinen, um demokratische, fortschrittliche und antiimperialistische Kräfte zu diskreditieren, zu schikanieren und auszulöschen. Die gleiche Verfolgung erleiden auch andere Mitgliedsorganisationen des WBDJ und andere befreundete Organisationen im Rahmen dieser internationalen Kampagne der Kriminalisierung der Volks-, antiimperialistischen,

Arbeiter-, demokratischen, kommunistischen, fortschrittlichen Bewegungen und allgemein all derer, die für den Aufbau einer Welt frei von Ausbeutung und Unterdrückung jeglicher Art kämpfen.

Ein weiteres Beispiel ist die Entschließung des Europäischen Parlaments vom Oktober 2019, in der der Kommunismus mit dem Nazi-Faschismus gleichgesetzt wird, ein weiterer Angriff in der ideologischen Offensive der herrschenden Klassen, um diejenigen, die dafür gekämpft haben, uns von der nazifaschistischen Barbarei zu befreien, mit eben jenen Leuten zu vergleichen, die für eines der größten Verbrechen gegen die Menschheit verantwortlich sind.

Die antiimperialistische Jugend der Welt wird das indirekte Parteiverbot unserer Genossinnen und Genossen der SDAJ und ihrer Partei, der DKP, nicht hinnehmen.

Solidarität mit der DKP! Wir werden weiter kämpfen, bis wir die Welt aufbauen, von der wir geträumt und für die wir gekämpft haben!

Weltbund der Demokratischen Jugend

Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) verurteilt die inakzeptable Ablehnung der Zulassung der DKP zu den Bundestagswahlen, sowie die Aberkennung des Parteistatus. Dieser Versuch, die DKP unter Berufung auf bürokratische Vorwände zu verbieten, offenbart die Planungen des deutschen bürgerlichen Staates, der Tätigkeit der Kommunistinnen und Kommunisten und des Kampfes der Arbeiterklasse und der Volksschichten Hindernisse aufzustellen. Das passiert in einer Zeit der Eskalation des arbeitfeindlichen Angriffs und der Intensivierung und Beschleunigung der gefährlichen imperialistischen Machenschaften gegen die Völker.

Antikommunistische Maßnahmen und Verbote wurden auch in der Ver-

gangenheit eingesetzt und stießen auf heftige Reaktionen. Die deutschen Kommunistinnen und Kommunisten sind nicht auf sich allein gestellt. Die Unterstützung ihres Kampfes wird zur Sache der Arbeiterbewegung sowie der Kommunisten in allen Ländern werden.

Die KKE bekundet ihre ungeteilte Solidarität mit den Genossinnen und Genossen der DKP und fordert die sofortige Rücknahme dieser inakzeptablen antikommunistischen Entscheidung, so dass die DKP ungehindert ihre Tätigkeit als politische Partei entfalten und an den Wahlen teilnehmen kann.

Abteilung Internationale Beziehungen des ZK der KKE



Sozialistische Partei Litauens

Wir bringen unsere Solidarität mit der Deutschen Kommunistischen Partei und unseren entschiedenen Protest gegen Versuche, sie zu verbieten, zum Ausdruck. Wir bewerten solche Versuche als grobe Verletzung elementarer demokratischer Normen und als offenen Druck auf missliebige politische Kräfte in einem Land, dass sich als Vorbild für Demokratie und Einhaltung der Menschenrechte darstellt.



Kommunistische Partei Mexikos

Die bürgerlichen Gesetzgeber haben unannehmbare Forderungen gestellt, die auf die Illegalisierung der kommunistischen Parteien abzielen. Im Falle der Europäischen Union richteten sich solche Maßnahmen gegen die Kommunisten Polens, Ungarns, Tschechiens und der Slowakei, indem sie die kommunistischen Bezeichnungen, die Symbole von Hammer und Sichel verboten haben und verschiedene Mechanismen einsetzten, wie die, die jetzt gegen die DKP angewendet werden.
Wir lehnen die Eingriffe des deutschen Staates gegen die DKP, die zunehmende Einschränkung der politischen Rechte der Arbeiterklasse ab.



Neue Kommunistische Partei der Niederlande

Die Neue Kommunistische Partei der Niederlande hofft, dass diese skandalösen Maßnahmen gegen die DKP so schnell wie möglich gestoppt werden. Wir sehen diese Maßnahmen als einen Angriff gegen kommunistische Parteien in der EU und als einen Teil der schon länger währenden Versuche, die Rolle der kommunistischen Parteien in der EU zu beenden.



Partei der Arbeit Österreichs

Offenbar will man sich mit bürokratischen Mitteln der DKP entledigen. Ein solcher Versuch eines „kalten Verbots“, das auf die Ruinierung und Zerstörung der Partei zielt, ist in aller Schärfe zurückzuweisen. Die BRD steht damit in trauriger Kontinuität des KPD-Verbots von 1933 durch die Nazis und des in der BRD immer noch aufrechten KPD-Verbots von 1956. Die Partei der Arbeit Österreichs erklärt ihre uneingeschränkte Solidarität mit den deutschen Genossinnen und Genossen und fordert, dass die Nichtzulassung der DKP revidiert wird. Wir halten aber auch fest: Der revolutionäre Klassenkampf lässt sich nicht verbieten – und er wird siegen!



Rumänische Sozialistische Partei

Der Antikommunismus bringt früher oder später den Faschismus hervor.
Ihr wisst sehr gut, dass die Kommunisten in Polen, der Ukraine, Lettland, Litauen und in anderen ehemals sozialistischen Staaten verfolgt werden. Niemand hat in der EU gegen diese Unmenschlichkeit protestiert, eher im Gegenteil: Das Europäische Parlament wagt es, den Kommunismus mit dem Faschismus gleichzusetzen!
Liebe Genossinnen und Genossen, für die Rumänische Sozialistische Partei ist es eine Ehre, mit Euch solidarisch zu sein.



Kommunistische Partei Schwedens

Die bürgerliche Demokratie ist immer eine Demokratie der Ausnahme. Das ist eine Demokratie für den Kapitalismus. Für kritische Stimmen ist Platz, solange davon keine Gefahr für die Ordnung ausgeht. Der Sozialismus wird immer wieder als das erste Feindbild dargestellt und die deutschen Behörden versuchen, die Bedrohung für den Kapitalismus im Keim zu ersticken.
Die Kommunistische Partei Schwedens verurteilt alle Versuche, die DKP zu verbieten und bringt ihre volle Solidarität mit den deutschen Kommunisten zum Ausdruck, wenn sie staatlichen Repressionen ausgesetzt sind.



Kommunistische Partei (Schweiz)

Das wachsende Klima der Sinophobie und Russophobie ist Zeichen eines neuen kalten Krieges, den der atlantische Imperialismus und die europäischen Regierungen schüren und der auch jene Parteien trifft, die konsequent für Frieden und Kooperation kämpfen und die, wie klein sie auch sein mögen in Bezug auf Wahlen, eine Alternative zum liberalen Einheitsdenken darstellen, das die herrschende Klasse aus Angst, dass es sich bei den neuen Generationen durchsetzt, verhindern will. [...]

Wir bringen der DKP unsere Solidarität zum Ausdruck, verbunden mit der Hoffnung, dass sich der internationalistische Dialog zwischen uns entwickeln kann, auch um sich gegen das repressive Vorgehen zu koordinieren, von dem wir befürchten, dass es sich in ganz Europa ausbreiten wird.



Kommunisten Serbiens

Die Partei Kommunisten Serbiens unterstützt voll und ganz ihre Genossinnen und Genossen unserer brüderlichen DKP. Wir müssen zugeben, dass wir über die Aktion der deutschen Bourgeoisie, die DKP an der Wahlbeteiligung zu hindern und die Aufhebung des Parteistatus, nicht überrascht sind. Wir waren von der gleichen Herangehensweise der sogenannten Demokraten in Serbien betroffen. Wir leben und arbeiten seit einem vollen Jahrzehnt unter halblegalen Bedingungen.



Kommunistische Partei der Völker Spaniens

In diesem Kampf um die Legitimität und Legalität der kommunistischen Ideologie wird die PCPE eine klare Haltung der internationalistischen Solidarität und des Engagements gegenüber den Bruderparteien vertreten, die von ihren bürgerlichen Regierungen und Staaten verfolgt und unterdrückt werden.

Aus diesem Grund solidarisiert sich das Exekutivkomitee der PCPE im Namen ihres Zentralkomitees mit der DKP, mit ihrem Vorsitzenden Patrik Köbele, ihrem Parteivorstand und allen Parteimitgliedern und der Jugend. Wir werden im Schützengraben an der Stelle stehen, die uns die deutschen Genossen zuweisen. Kommunisten und Kommunistinnen kapitulieren nicht vor der Unterdrückung des bürgerlichen Staates.



Kommunistische Partei Spaniens

Die Wahlen im September, mit dem vorherigen Rückzug von Angela Merkel, werden über die Zusammensetzung der zukünftigen deutschen Regierung entscheiden, die Deutschlands neue Rolle in der Europäischen Union klären muss und sich dem Druck der USA zur Erhöhung der Militärausgaben, der Zusammenarbeit bei der Drangsalierung Russlands und der Umsetzung der Gaspipeline Nord Stream 2 stellen muss. [...] Die Stärkung der Kommunisten und der Linken wird von größter Bedeutung für die Herausbildung einer neuen deutschen Regierung sein, die die internationale Zusammenarbeit, den Frieden und die nukleare Abrüstung sowie die Risiken des ökologischen Zusammenbruchs thematisiert.



Sudanesische Kommunistische Partei

Die SCP, die unter mehreren Versuchen gelitten hat, ihr Bestehen zu verbieten und zu illegalisieren, weiß sehr gut, wie reaktionäre Kräfte auf die Präsenz und die Aktivitäten kommunistischer Parteien reagieren. Dieser Schritt ist ein Zeichen für die Schwäche des reaktionären Charakters des deutschen kapitalistischen Systems.

Setzt den Kampf fort.
Hoch die internationale Solidarität.



Kommunistische Partei der Türkei

Als Kommunistische Partei der Türkei fordern wir die sofortige Beendigung aller Verbote gegen die DKP. Wir erklären erneut, dass wir mit den deutschen Kommunistinnen und Kommunisten solidarisch sind und gemeinsam mit der internationalen kommunistischen Bewegung gegen antikommunistische Angriffe kämpfen werden.



Kommunistische Partei der Ukraine

Die Kommunistische Partei der Ukraine ruft die Europäische Union und die Regierung der BRD auf, unverzüglich die Politik der doppelten Standards und alle Formen der Beeinträchtigung demokratischer Rechte und Freiheiten, nicht nur in der Ukraine, sondern jetzt auch in Deutschland, sowie in anderen EU-Ländern die Verfolgung der politischen Aktivität von Kommunisten und anderen Vertretern linker oppositioneller politischer Kräfte und gesellschaftlicher Organisationen einzustellen ...



Kommunistische Partei Venezuelas

Die PCV wird die DKP bei der Wiedererlangung ihres Status als legale politische Partei voll unterstützen und warnt, dass dieser Versuch Teil der zunehmenden Kriminalisierung und Diffamierung der linken Kräfte weltweit ist. Sie ist auch Teil der Instrumentalisierung der Corona-Pandemie durch rechts-neoliberale Regierungen, um den Abbau von demokratischen und sozialen Rechten zu bewirken.

Wir rufen die weltweite kommunistische Bewegung, alle revolutionären und demokratischen Kräfte auf, sich diesen rechten Manövern zu widersetzen und eine „Internationale Kampagne in Solidarität mit der Deutschen Kommunistischen Partei zur Verhinderung ihrer undemokratischen Illegalisierung“ durchzuführen.
Sie können die Stimmen der kommunistischen Aktivität nicht zum Schweigen bringen!

Verfassungswidrig und undemokratisch

Vereinigung demokratischer Juristen nimmt Rechtsauffassung des Bundeswahlleiters auseinander



Solidaritätsaktion der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ): #DKPwählbarMachen

In einer Stellungnahme der Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen (VDJ) vom 16. Juli zur Nichtzulassung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) zur Bundestagswahl fordert die VDJ die Revision der Entscheidung und die Zulassung der DKP zur Bundestagswahl:

Die Nichtzulassung der DKP zur Bundestagswahl wird offiziell als bloß formeller juristischer Akt dargestellt. Das hat Bundeswahlleiter Georg Thiel in der Sitzung des Bundeswahlausschusses am 9. Juli 2021 deutlich gemacht. Dass die Vertreterinnen und Vertreter von politischen Parteien im Bundeswahlausschuss über die Konkurrenz entscheiden, lässt diese Darstellung bereits zweifelhaft erscheinen. Die Nichtzulassung der DKP ist darüber hinaus weder parteienrechtlich noch verfassungsrechtlich rechtmäßig, sondern ein neuer Tiefpunkt für die politische und demokratische Kultur in der Bundesrepublik.

Als Ermächtigungsgrundlage für den Entzug der formellen Stellung als politische Partei zieht der Bundeswahlleiter die Regelung des Paragraph 2 Abs. 2 Satz 2 des Parteiengesetzes (PartG) heran. Seit einer Neuregelung aus dem Jahr 2015 heißt es dort, dass eine Vereinigung ihre Stellung als Partei verliert, wenn sie „sechs Jahre lang entgegen der Pflicht zur öffentlichen Rechenschaftslegung gemäß Paragraph 23 keinen Rechenschaftsbericht eingereicht hat“. Der Bundeswahlleiter argumentiert, dass Paragraph 2 PartG über den Umweg des Paragraph 23 PartG auch auf die Fristregelung des Paragraph 19a

PartG verweise, nach der Rechenschaftsberichte bis zum 30. September des dem Berichtsjahr nachfolgenden Jahres einzureichen sind.

Nach Mitteilung der Bundestagsverwaltung habe die DKP für die Jahre 2014 bis 2019 ihre Rechenschaftsberichte jeweils erst nach dem 30. September des Folgejahres abgegeben, zuletzt für das Jahr 2017 im Dezember 2020. Die Abgabe eines verspäteten Rechenschaftsberichts wird vom Bundeswahlleiter so interpretiert, dass damit auch für die Jahre 2014 bis 2017 „kein Rechenschaftsbericht“ abgegeben worden sei, weil die Berichte die Frist des Paragraph 19a PartG nicht gewahrt haben. Über diesen Umweg kommt der Bundeswahlleiter auf sechs Jahre ohne Bericht. Diese Interpretation stieß bei zwei anwesenden Juristen zu Recht auf Unverständnis und konnte von der Bundestagsverwaltung nur notdürftig begründet werden: Es handle sich um eine „stramme Regelung“, die aber „keinen Auslegungsspielraum“ zulasse. Weil ein verspäteter Rechenschaftsbericht „kein Rechenschaftsbericht“ sei, habe die DKP ihre Stellung als Partei gemäß Paragraph 2 Abs. 2 Satz 2 PartG verloren.

Diese Auslegung ist falsch und interessengeleitet. Der klare Wortlaut von Paragraph 2 Abs. 2 Satz 2 PartG spricht

davon, dass die Stellung als Partei verliert, wer „sechs Jahre lang keinen Rechenschaftsbericht gemäß 23 PartG abgegeben“ hat. Die DKP hat für vier der benannten Jahre einen Rechenschaftsbericht abgegeben. Anders als es Bundeswahlleiter und Bundestagsverwaltung darstellen, besteht ein bedeutender Auslegungsspielraum hinsichtlich der Frage, ob der Verweis auf Paragraph 23 PartG zusätzlich als Verweis auf die Fristregelung des Paragraph 19a PartG zu interpretieren ist und ob ein verfristeter Bericht „kein“ Bericht ist. Paragraph 19a Abs. 3 PartG benennt die Rechtsfolgen für einen Fristverstoß nämlich sehr klar: Es entfällt der Anspruch auf staatliche Mittel für das Berichtsjahr. Von Folgen für die Stellung als Partei ist nicht die Rede. Der Bundeswahlleiter wendet die Fristregelung für die Verwirkung von Ansprüchen auf staatliche Mittel auf eine ganz andere Rechtsfrage an. Damit geht er über die Regelung des Paragraph 2 Abs. 2 Satz 2 PartG in rechtswidriger Weise hinaus. Dieser setzt lediglich einen Rechenschaftsbericht voraus. Da die DKP nur zwei dieser Berichte bisher nicht eingereicht hat, kommt die Rechtsfolge des Paragraph 2 Abs. 2 Satz 2 PartG für sie nicht in Betracht.

Eine Regelung in der Interpretation des Bundeswahlleiters, nach der bereits verspätete Rechenschaftsberichte zum Verlust der Parteistellung führen, könnte die Gesetzgeberin auch gar nicht erlassen, da sie verfassungswidrig wäre.

Bereits das Gebot, dass Rechtsnormen in Einklang mit dem Grundgesetz auszulegen sind (verfassungskonforme Auslegung), hätte diese Interpretation der Norm verhindern müssen. Parteien als Basis des demokratischen Prozesses unterstehen einem besonderen verfassungsmäßigen Schutz, wie er in Art. 21 Grundgesetz zum Ausdruck kommt. Ihre Gründung ist frei. Über die Herkunft und die Verwendung ihrer Mittel müssen sie zwar nach Art. 21 Abs. 1 Satz 2 Grundgesetz Rechenschaft ablegen. Über den Ausschluss von staatlicher Finanzierung und das Verbot der Partei entscheidet nach Art. 21 Abs. 3, Abs. 4 Grundgesetz ausschließlich das Bundesverfassungsgericht (BVerfG). In diesem Privileg kommt ein gesteigerter Schutzgedanke zum Ausdruck. Das Verbot einer Partei soll dem politischen Prozess entzogen werden. Es unterliegt einer ausschließlichen Zuständigkeit des BVerfG und setzt ein umfangreiches Verfahren voraus. Diese klare Kompetenzzuordnung des Grundgesetzes kann nicht durch Paragraph 2 Abs. 2 Satz 2 PartG auf den Bundeswahlausschuss übertragen werden.

Die Aberkennung der Parteistellung ist unter keinen denkbaren Gesichtspunkten verfassungsmäßig gerechtfertigt. Die Aberkennung der formellen Stellung als Partei und die Nichtzulassung zur Bundestagswahl ist ein schwerwiegender Eingriff. Dieser Eingriff ist nicht durch die verfassungsmäßig verankerte Rechenschafts-

pflicht der Parteien gerechtfertigt. Das ergibt bereits eine übersichtliche Abwägung der betroffenen Interessen. Grund für die Rechenschaftspflicht ist ein selbst demokratischer Transparenzgedanke: Parteien sollen sowohl hinsichtlich ihrer Mitgliederstruktur wie hinsichtlich ihrer Finanzierung offen und transparent sein. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Partei nicht von anderen als den formal gewählten Vertreterinnen und Vertretern gesteuert oder beeinflusst wird. Das BVerfG sah das Transparenzgebot insbesondere vor dem Hintergrund des Einflusses durch Großspenden und Lobbygruppen gerechtfertigt, „vermittelt derer ihrem Umfang nach politischer Einfluss ausgeübt werden kann“ (BVerfG, Beschluss vom 17. Juni 2004–2 BvR 383/03).

Verspätete Rechenschaftsberichte bergen hingegen keine gesteigerte Gefahr. Für den politischen Prozess spielt es zudem eine untergeordnete Rolle, wenn der Rechenschaftsbericht verspätet eingereicht wird. Sanktionsmöglichkeiten bei Verstreichen der Frist sind bereits in Paragraph 19a PartG festgeschrieben: Parteien werden von staatlichen Mitteln ausgeschlossen. Weitere mildere Mittel zur Durchsetzung dieser Frist wären denkbar (Strafzahlungen, Mahngebühren). Offensichtlich unverhältnismäßig und kompetenzwidrig ist es, das überhaupt schärfste Schwert zu ziehen und für einen Fristverstoß eine Rechtsfolge anzudrohen, die ansonsten nur das Bundesverfassungsgericht anordnen dürfte. Dieses „kalte Verbot“ ist also auch deshalb verfassungswidrig, weil es das klare Entscheidungsprivileg des Bundesverfassungsgerichts aushebelt.

Dass hier scheinbar formaljuristische Gründe vorgeschoben werden, ergibt sich für uns auch aus weiteren Tatsachen. So hat die DKP nach Angaben des Bundeswahlleiters selbst bei ihm nachgefragt, ob die Rechenschaftsberichte anerkannt werden. Der Bundeswahlleiter hat diese Anfrage, ohne sie zu beantworten, an die Bundestagsverwaltung weitergeleitet und beide Stellen haben sie nicht konkret, sondern nur durch Hinweis auf die gesetzliche Regelung ohne Beifügung der eigenen Rechtsauffassung beantwortet. Die Frage, ob die Rechenschaftsberichte anerkannt werden, ließ sich daraus gerade nicht erkennen. Das legt die Vermutung nahe, dass der Bundeswahlleiter seine Absicht der Aberkennung des Parteistatus bis zum Stichtag geheim halten wollte.

Ein starkes Indiz, dass politische und jedenfalls keine zwingenden juristischen Gründe den Ausschluss der DKP von der Bundestagswahl motivierten. Eines demokratischen Rechtsstaats, der die Bundesrepublik sein will, ist das nicht würdig. Die VDJ verurteilt dieses Vorgehen und fordert den Bundeswahlleiter zur Revision seiner Entscheidung auf.

Keine Justizposse

Vom Berufsverbot Betroffene protestieren gegen Willkürentscheidung des Bundeswahlleiters

Zahlreiche berufliche und auch persönliche Existenzen zerbrachen in den 1970er und 80er Jahren über der scheinbar „juristischen“ Frage, ob die „Verfassungsfeindlichkeit“ der DKP gegenüber ihren Mitgliedern geltend gemacht werden könne, bevor das Bundesverfassungsgericht die „Verfassungswidrigkeit“ dieser Partei festgestellt hat.

Sorgfältig wurde von nicht wenigen Betroffenen darauf geachtet – dafür Nachteile in Kauf nehmend –, diesem Gericht keine Handhabe zu bieten, unter der Hand (=außerhalb eines förmlichen Verbotverfahrens) eine solche Feststellung zu treffen. Wer für die DKP zum Gemeinderat, Landtag, Bundestag kandidierte und im „Öffentlichen Dienst“ arbeitete, einschließlich

Schule, Hochschule, Post, Bundesbahn, Krankenhäuser usw. – hatte ein Berufsverbot oder zumindest eine „Anhörung“ zu erwarten. So sahen „freie Wahlen“ in der alten Bundesrepublik aus.

Wegen systematischer Verstöße gegen das Diskriminierungsverbot wurde die Bundesrepublik Deutschland 1987 von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) abgemahnt und 1995 in einem Einzelfall wegen Verstoßes gegen die Europäische Menschenrechtskonvention vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt.

Nun hat der amtierende Bundeswahlleiter Georg Thiel – 1957 geboren, laut Wikipedia ein in verschiedenen Funktionen einschließlich „Verfassungsschutz“ glücklos agierender

Jurist – einen neuen Ansatz gefunden: Man verbietet der DKP komplett das Kandidieren! Und spricht ihr nebenbei auch noch den Status einer politischen Partei ab, was sie (a) finanziell ruinieren könnte und (b) vom Innenminister verbietbar macht. Und wie? Man schaut einfach mal, wann sie ihre Finanzberichte an den Bundestag abgeliefert hat. Die hat sie bisher zwar immer abgeliefert (muss sie auch, obwohl sie keinen Cent vom Staat erhält) – aber als kleine Partei mit dezentraler Kasernenführung und wenig Personal nicht immer rechtzeitig. (Was bisher immer toleriert wurde und ohne jede Sanktionsandrohung blieb.) Aber „Frist ist Frist“, meint Herr Thiel jetzt, und was schert ihn das Parteiengesetz, wo drin steht, dass der Parteistatus erst verwirkt

ist, wenn sechs Jahre überhaupt keine Berichte abgeliefert wurden? Sollen die doch innerhalb von vier Tagen (!) vor das Bundesverfassungsgericht ziehen (was die kleine Partei natürlich unheimlich Geld kostet), wenn sie unbedingt kandidieren wollen ...

Der Bundeswahlausschuss hat diese Karikatur von rechtsstaatlichem Denken und Vorgehen leider – bis auf ein waches Mitglied der GRÜNEN – kommentarlos durchgewunken.

Obwohl diese Rechtsbeugung vom BvG eigentlich rasch annulliert werden müsste, ist das leider keine Justizposse – so wenig wie der soeben abgewehrte Angriff auf die Gemeinnützigkeit der VVN-BdA und der Angriff auf die Tageszeitung „junge Welt“, der man mit „Verfassungsschutz“ -

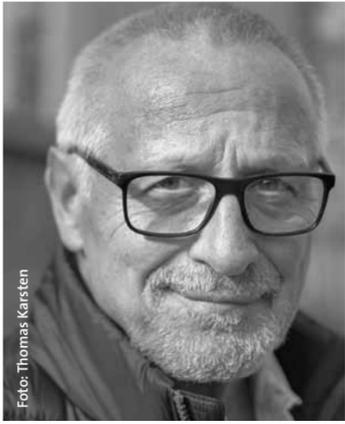
Zuschreibungen den Zugang zum Zeitungsmarkt und zu Werbemedien erschwert. Hier wird handfest in das politische Klima dieses Landes eingegriffen. Zu viele Betroffene der Berufsverbotspolitik haben am eigenen Leib erlebt, was Angriffe auf die Verfassungsmäßigkeit und auf die ungehinderte, diskriminierungsfreie Kandidatur der Kommunistischen Partei praktisch bedeuten.

Darum protestieren wir nachdrücklich gegen diese Willkürentscheidung des Bundeswahlleiters und fordern die uneingeschränkte Zulassung der Kandidatur der DKP.

Klaus Lipps,
Sprecher des „Bundesarbeitsausschusses der Initiativen gegen Berufsverbote und für die Verteidigung der demokratischen Grundrechte“

Solidarität mit der DKP

Kultur- und Medienschaffende gegen kaltes Parteiverbot



Konstantin Wecker

Der Entzug des Parteistatus kommt einem kalten Verbot gleich. Deshalb gilt meine Solidarität der DKP und der Anarchistischen Pogo Partei Deutschlands (APPD). Die Erfahrungen von Faschismus und Krieg haben mich als Anarchisten in der Überzeugung bestärkt, dass wir bei jeder Form von staatlicher Schikane und Repression die Solidarität aller Menschen brauchen, die auf der Suche nach einer gerechteren Welt sind!

In meinem aktuellen Lied „Willy 2021“ habe ich geschrieben: „Demokratie ist ein lebendiger Prozess und ein Ideal, an dem man immer wieder hart arbeiten muss, und man darf dabei die utopische Sehnsucht nach einem Zusammenleben in einer Ordnung ohne Herrschaft nie verlieren.“

Schon seit tausenden von Jahren träumt die Menschheit von einem gleichberechtigten Miteinander ohne Machtstreben, ohne Unterdrückung, ohne Gehorsam (...) Richten wir unsere Segel nach einem besseren Land.

Einem Land ohne Herrscher und Patriarchen, ein Land, in dem gestritten und gelacht werden wird, in dem allen ein menschenwürdiges Grundeinkommen zugesichert ist und keine und keiner unterdrückt und gedemütigt wird.

Nein, kein Land. Eine Welt. Es ist eine grenzenlose Welt, in der ich leben will.“

Als Anarchist habe ich immer die Position von Esther Bejarano sehr geschätzt, die als DKP-Mitglied einmal festgestellt hat: „Völlig unstrittig ist die absolute Notwendigkeit, alle Kräfte gegen Kriegspolitik, Neofaschismus, Antisemitismus und Rassismus sowie Sozial- und Demokratieabbau zusammenzuführen. Mir ist wichtig, dass Menschen gemeinsam gegen die Rechtspopulisten und Nazis aktiv sind, und zwar unabhängig von der eigenen Mitgliedschaft in einer Partei.“

Konstantin Wecker



Gina Pietsch

Dieses Land beruft sich von früh bis spät auf Demokratie. Ich komme aus der DDR, gehöre also zu den Menschen, die laut Marco Wanderwitz, dem „Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Länder“, „teilweise in einer Form diktatorsozialisiert sind, dass sie auch noch nach dreißig Jahren nicht in der Demokratie angekommen sind.“

Der Herr mit dem bezeichnenden Namen Wanderwitz möge bitte zur Kenntnis nehmen, dass ich in einer Demokratie, die demokratische Parteien verbietet, gar nicht ankommen will. Mein Land hat keine Partei verboten, sicher aber hätte sie es im Falle

der NSDAP getan, wären ihr gleich nach dem Krieg die Alliierten nicht zuvorgekommen. Das Land, in dem ich nun wohne, hat sich ähnlich undemokratisch schon gegen die VVN verhalten. Erfolgrlos.

Ich werde eng an der Seite der Genossinnen und Genossen stehen, die jetzt ihre demokratischen Rechte einfordern. Und ich rechne mit Erfolg.

Gina Pietsch



Tino Eisbrenner

Die Bestrebung, der DKP den Parteistatus aberkennen zu wollen, zeigt einmal mehr, wem die politischen Strukturen in diesem Staat zuarbeiten. Friedensbewegung und linke Kräfte, die sich offen gegen das ruchlose Treiben des Kapitals stemmen, werden nicht nur stiefmütterlich behandelt, sondern laufen permanent Gefahr, unter Vorwänden ausgegrenzt und demontiert zu werden. Dessen sollten wir uns endlich bewusst werden und dagegen aufstehen, denn unser Schweigen führt in die nächste Apokalypse.

Tino Eisbrenner (Sangschreiber; Friedensaktivist, Landtagskandidat für „Die Linke“ in MV)



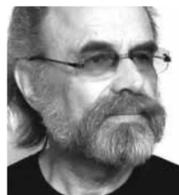
Christa Weber und Christof Herzog

Im Zuge des autoritären Staatsumbaus, im Schatten der Corona-Krise, zeigt der kapitalistische Staat jetzt seine Fratze und verbietet quasi mit fadenscheinigen Begründungen die kommunistische Partei Deutschlands, die DKP.

Wer denkt hier nicht an die Endphase der Weimarer Republik mit dem herauf dämmernden Faschismus?!

Für uns heißt das: Jetzt erst recht! Kämpfen wir weiterhin gemeinsam für eine menschenwürdige, demokratische Gesellschaft – den Sozialismus.

Christa Weber, Christof Herzog (Weber-Herzog-Musiktheater)



Peter Wittig

Wir und viele andere Bürger haben unsere Unterschrift gegeben, damit die DKP zur Bundestagswahl 2021 zugelassen wird.

Wenn der Bundeswahlleiter aus einem vorgeschobenem formalen Grund die DKP von der Wahl ausschließt, so bewerten wir dies als Missachtung unserer demokratischen Willensbekundung.

Im Gegensatz dazu verlaublich das Verwaltungsgericht Köln, seine Entscheidung, ob die AfD ein



Margarete Steinhäuser

rechtsextremistischer Verdachtsfall ist, bis nach der Wahl aufschieben zu wollen.

Hat noch jemand Fragen zur Diktatur der Bourgeoisie?

Peter Wittig und Margarete Steinhäuser (sidat-pro.de)



Banda Bassotti

Überall auf der Welt versuchen sie, die Geschichte der kommunistischen Parteien auszulöschen. Mit allen Mitteln und sogar mit der Bürokratie wird versucht, die kommunistischen Parteien zu verdrängen. Wir stehen in diesem Kampf solidarisch an der Seite der Deutschen Kommunistischen Partei.

Keinen Schritt zurück!

Banda Bassotti



Dietmar Dath

Klassenkampf ist kein Hirngespinnst. Wenige, denen fast alles gehört, führen ihn heute gegen alle, die arbeiten oder auf Sozialleistungen angewiesen sind. Löhne sinken, Mieten steigen, Sicherheiten (Gesundheit, Rente) sterben, man soll (statt sparen) „anlegen“; also Reichen Geld zum Zocken geben. Die wetten gern auf Krieg. Lakaien hetzen dazu. Der Klassenstaat schikaniert die Zeitung „junge Welt“, weil sie das erklärt. Er will dem organisierten Antifaschismus die Gemeinnützigkeit aberkennen und die DKP vom Wahlzettel streichen. Seine Vorwände wechseln, sein Grund ist Klassenkampf. Wer Organisationen und Medien nicht verteidigt, die als Minderheiten für die Mehrheit kämpfen, steht ohne Schutz gegen Not da, verraten von Talkshow-Linken, die für Stehplätze in Berlin jede Sauerei der Macht decken.

Dietmar Dath



Arnold Schölzel

Die Ankündigung, die DKP nicht zur Bundestagswahl zuzulassen, ist Teil des reaktionären Staatsumbaus. Mit dem faktischen Parteiverbot wird ein großer Schritt zur autoritären Machtausübung getan, es handelt sich um einen Schlag gegen alle Demokraten der Bundesrepublik, gegen Gewerkschaften und Friedensbewegung. Wer Kommunisten verfolgt, will die Arbeiterklasse und letztlich jede Opposition unterdrücken. In einem imperialistischen Staat bedeutet das zugleich, dass die Herrschenden Krieg vorbereiten. Der Rotfuchs-Förderverein erklärt seine Solidarität mit der DKP. Das Verbot muss sofort zurückgenommen werden.

Arnold Schölzel, Vorsitzender des Rotfuchs-Fördervereins



Stefan Huth

Groß muss die Angst der Herrschenden vor einer kleinen Organisation wie der DKP sein, dass man jetzt auf kaltem administrativen Weg versucht, ihr den Garaus zu machen. Der drohende Entzug des Status einer politischen Partei markiert eine neue Etappe in der Rechtsentwicklung dieses Landes. „Freie Bahn für Kriegsvorbereitungen und weiteren sozialen Kahlschlag“ lautet offenbar die Devise. Organisierte Kommunisten, die diese Pläne aufdecken und den Finger in die Wunde legen, stören da nur. Fortschrittliche Kräfte aller Richtungen sind jetzt aufgefordert, sich diesem staatlichen Willkürakt mit aller Kraft entgegenzustellen.

Stefan Huth, Chefredakteur Tageszeitung „junge Welt“



Hartmut König

Da ist es aber immer noch: das Gespenst des Kommunismus. Schon 1848 stand es im Manifest der Kommunistischen Partei: „Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dies Gespenst verbündet.“ Diese Jagd ist nicht abgeblasen. Wer dem fast zwei Jahrhunderte wäh-

renden antikommunistischen Vernichtungswillen heute noch immer folgt, muss sich für die Traditionslinie verantworten, in der er steht. Soll nach dem Verbot der KPD durch Hitler 1933 und Adenauer 1956 nun auch die Deutsche Kommunistische Partei mundtot gemacht werden? Wer sich an der DKP vergreift, vergreift sich an der Demokratie. Die Kommunisten brauchen jetzt dringend die Solidarität aller Demokraten.

Hartmut König, Mitbegründer des Oktoberklubs

Bestimmte Traditionen sind im bürgerlichen Rechtsstaat ungebrochen.

Seit dem „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ von 1878 mangelt es nicht an Versuchen, mit Hilfe gedrehter



Frank Schumann

Paragrafen politische Opposition von links – insbesondere dann, wenn diese die Systemfrage stellt – auszuschalten. Die Partei des Demokratischen Sozialismus, hervorgegangen aus der SED, die wiederum in der KPD und der SPD wurzelte, sollte beispielsweise 1994 mit einer Steuerforderung von rund 67 Millionen D-Mark liquidiert werden. Ebenfalls wenige Monate vor der Bundestagswahl. Die damals kämpferische PDS-Führung trat in der benachbarten Berliner Volksbühne in den Hungerstreik und erzwang eine Revision. Ich hoffe, dass die Solidarität mit der DKP heute groß genug ist, diese ideologisch motivierte Attacke zu revidieren. Die unselige Tradition zu beenden, bedarf es jedoch einiges mehr!

Frank Schumann, Verleger, edition ost

Die Krise heißt Kapitalismus

Antworten der DKP auf die Probleme unserer Zeit

DKP wählen und aktiv werden!

Wahlprogramm der DKP zu den Bundestagswahlen 2021

DKP
Deutsche Kommunistische Partei

Das DKP-Wahlprogramm und weitere Wahlkampfmaterialien gibt es kostenlos im UZ-Shop, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen, Tel.: 0201/17788924, Fax: -28, uzshop.de, shop@unsere-zeit.de

Ein Gespenst geht um in Europa ...



NEU

T-Shirt

„Rosa & Karl“, weiß
100% Biobaumwolle, Unisex: S – 4XL, 17,90 €



NEU

Transparent

„Kommunismus lässt sich nicht verbieten!“
Maße 300 x 100 cm, 40,- €



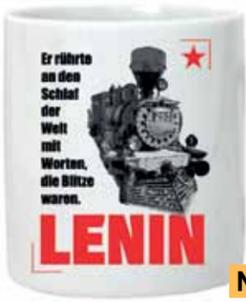
Fahne

„Antifaschistische Aktion“
Maße 150 x 100 cm, 18,- €



Fahne

„PACE / no to nato“
Maße 150 x 100 cm, 14,- €



NEU

Kaffebecher

„Lenin /
Er rührte an den
Schlaf der Welt mit
Worten, die Blitze
waren“
Keramik,
mit Henkel,
Inhalt 300 ml,
7,90 €



Kaffebecher

„Bertolt Brecht /
Ändere die Welt,
sie braucht es“
Keramik,
mit Henkel,
Inhalt 300 ml,
7,90 €



Kaffebecher

„Gespenst des
Kommunismus“
Keramik,
mit Henkel,
Inhalt 300 ml,
7,90 €



Kinder-T-Shirt

„Frieden“
hellblau, 100% Biobaumwolle,
Größen: 104, 116, 128, 140, 152 | 14,90 €



T-Shirt

„Gespenst des Kommunismus“
bordeauxrot, 100% Biobaumwolle,
Unisex: S – 4XL, 17,90 €



T-Shirt

„Che“
khaki, 100% Biobaumwolle,
Unisex: S – 4XL, 17,90 €



T-Shirt

„Faust“
rot, 100% Biobaumwolle,
Unisex: S – 4XL, 26,90 €



T-Shirt

„Unsere Krisenberater“
schwarz, 100% Biobaumwolle, Unisex:
S – 4XL, 17,90 €



T-Shirt

„Nie wieder Faschismus ...“
schwarz, 100% Biobaumwolle, Unisex:
S – 4XL, 17,90 €



CD

Konstantin Wecker:
„Sage Nein! Antifaschistische
Lieder 1978 bis heute“, 10,00 €



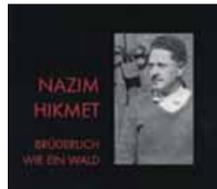
CD

Konstantin Wecker:
„Utopia“, 17 neue Songs,
15,00 €



Doppel CD

Die Marbacher:
„Wir für mehr / Neue
Arbeiterlieder“, 16,00 €



CD

Weber-Herzog-Musiktheater:
„Hikmet, Nazim / Brüderlich
wie ein Wald“, 19,00 €



Halstuch / Kopftuch

„Roter Stern“,
schwarz, Baumwolle
51 x 51 cm, 7,50 €



Tragebeutel

„Gespenst des Kommunismus“,
Baumwolle, 46 x 36 cm,
Robuste Zugbänder 9,00 €



Buch

Marx/Engels: „Manifest der
Kommunistischen Partei“
9,90 €



Buch

Willi Gerns: „Revolutionäre
Strategie in nichtrevolutionären
Zeiten“, 19,80 €



Buch

Hans Heinz Holz:
„Kommunisten Heute“,
16,90 €



DVD

Esther Bejarano:
„Nie wieder Faschismus –
Konzert und Lesung“ 12,00 €



DVD

Esther Bejarano:
„Wo der Himmel aufgeht –
Konzerte auf Kuba“ 12,00 €



NEU

Baumwolltasche
„Friedenstaube“
100% Baumwolle
36 cm x 41 cm, 5,00 €

Hiermit bestelle ich:

(Bitte Artikel und Menge eintragen, bei Kleidung unbedingt die Größe angeben)

Vorname, Name

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Datum, Unterschrift

Ich möchte (bitte ankreuzen):

- weitere Informationen über die DKP
- Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe
- Mitglied der DKP werden
- Ich möchte die UZ – Wochenzeitung der DKP – 6 Wochen probelesen. Der Bezug ist kostenlos und endet automatisch.

Preise zuzüglich Versandkosten.

Mehr Artikel unter www.uzshop.de

Bitte einsenden an: CommPress Verlag GmbH | Hoffnungstr. 18 | 45127 Essen
E-Mail: shop@unsere-zeit.de | Tel.: 0201 17788924 | Fax: - 28